



Dokumentation

Kölner Arbeitgebertag
22. November 2006





Sehr geehrte Damen und Herren,

der zweite Kölner Arbeitgebertag war eine wegweisende Veranstaltung und ein Branchentreff für mehr als 300 Gäste. Er setzte zugleich in der Region einen Höhepunkt nach einem von heftigen politischen Kontroversen geprägten Jahr mit der großen Koalition. Thematisch rückte der Kölner Arbeitgebertag 2006 Themen in den Mittelpunkt, die entscheidend für die Zukunft Deutschlands sind und Bürger und Wirtschaft unseres Landes gleichermaßen berühren.

Im Vordergrund der diesjährigen Veranstaltung stand insbesondere die Gesundheitsreform. Teilnehmer und Gäste waren sich einig, dass eine nachhaltige Reform dem Ziel der Kostensenkung verpflichtet sein muss, um für mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land zu sorgen.

Die positive Resonanz auf den Kölner Arbeitgebertag 2006 verstehen wir auch als Ansporn für das Jahr 2007. Ich möchte es nicht versäumen, allen Gästen ganz herzlich für Ihre Teilnahme und den Referenten für Ihr engagiertes Mitwirken zu danken. Mein besonderer Dank gilt HDI/Gerling als Partner des Kölner Arbeitgebertages 2006 sowie den zahlreichen Sponsoren und Unterstützern.

Diese Dokumentation fasst in Redeausschnitten und Zitaten den Kölner Arbeitgebertag im Wesentlichen zusammen.

Auch in diesem Jahr werden die ARBEITGEBER KÖLN auf dem Kölner Arbeitgebertag 2007 gemeinsam mit Ihnen Politik und Reformen wieder kritisch unter die Lupe nehmen. Ich freue mich schon heute, Sie wieder begrüßen zu können.

Ihr
Michael Jäger



Michael Jäger
Vorsitzender ARBEITGEBER KÖLN,

„Wir Arbeitgeber wissen um die Herausforderungen des demografischen Wandels, der allen – Beschäftigten und Unternehmen gleichermaßen – neue Antworten abverlangt. Ein Rückfall in die falsche Politik früherer Jahre schafft lediglich Fehlanreize für Frühverrentungen. Unverändert ist eine dauerhafte Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land. Hierzu hat sich die Bundesregierung eindeutig bekannt. Leider weisen die aktuellen Zahlen in eine andere Richtung.

Nur wenn es gelingt, die Finanzierung des Gesundheitswesens vom Arbeitsverhältnis abzukoppeln, wird dauerhaft die überfällige Senkung der Arbeitskosten möglich werden. Hierfür reicht der geplante Ausbau des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung bei weitem nicht aus.

Die Gesundheitsreform muss daher dringend um weitere Strukturmaßnahmen ergänzt werden, die neben einer Abkoppelung der Gesundheits- von den Arbeitskosten auch für einen weiteren Ausbau des Wettbewerbs sorgen.

Viele Menschen in unserem Land haben von der großen Koalition gleich zu Beginn der Legislaturperiode auch Großes erwartet. Blockaden sollten gelöst, längst überfällige Reformen in einem breiten Konsens grundlegend angegangen werden. Ich hoffe, dass es der Bundesregierung in den kommenden knapp drei Jahren insgesamt gelingen wird, mit ihrer Politik alles zu tun, um Wachstum und Beschäftigung mit aller Kraft zu fördern.“

Zitate

Fritz Schramma,
Oberbürgermeister der Stadt Köln

„Wer zweimal so eine Veranstaltung macht, der ist verpflichtet, daraus eine Tradition zu machen. Zu einer erfolgreichen Wirtschaftsinitiative für Köln gehören auch die erfolgreiche China-Offensive und die Indien-Offensive. Gerade die letzte Indienreise hat gezeigt, wie wichtig ausländische Aktivitäten für Köln sind. Es ergaben sich attraktive Angebote für Kölner Unternehmen auch in Indien. Ebenso gab es zahlreiche Anfragen, mit der mittelständischen Kölner Wirtschaft zusammen zu arbeiten.“

Aber auch Ihr Engagement, meine Damen und Herren, die Sie als Unternehmer in den Standort investieren und sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen einsetzen, ist ganz wesentlich. Lassen Sie mich auch hierfür einmal Danke sagen.



Die wirtschaftlichen Veränderungen, die sich derzeit abspielen, werden letztendlich unterschiedliche Auswirkungen in Europa haben. Hier im Rheinland sind wir keineswegs in einer schlechten Position. Aber ein Selbstläufer ist das nicht, und es sind Anstrengungen erforderlich, die über die bisherigen Standards noch hinausgehen. Mit ihren Veranstaltungen machen die ARBEITGEBER KÖLN immer wieder darauf aufmerksam. Sie zeigen nicht nur Problemfelder und Herausforderungen auf, sie machen auch oft genug Vorschläge, wie diesen zu begegnen sind.“



Dr. Wolfgang Breuer,
Vorstand Gerling

„Wir sind stolz, so eine hochkarätige Veranstaltung bereits zum zweiten Mal hier bei uns zu haben. Wir sind der Meinung, Arbeitgeber und HDI/Gerling passen gut zusammen.“

Bei dem Thema Gesundheitsreform steht eine ganze Branche vor großen Herausforderungen.

Lassen Sie mich, auch im Namen der Talanx, ein klares Bekenntnis zu NRW und Köln als Standort abgeben. Wir werden künftig in Köln eine der Top-Five-Lebensversicherungen sein, und Köln wird einer der Top-Versicherungsstandorte in Deutschland bleiben.“



„Ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen, das zudem noch Energieland Nummer 1 ist, hätte keine Chancen, wenn es auf die Fragen der Energiepolitik keine Antworten fände. Doch bei kaum einem anderen zukunftsrelevanten Thema verläuft die Debatte mitunter so irrational und von Interessen geleitet wie bei der Energiepolitik. Deshalb möchte ich auf einige Sachverhalte aufmerksam machen, damit die Urteilsbildung rationaler erfolgt.“

Zurzeit erzeugen wir in Deutschland 50 Prozent des Grundlaststroms mit der Kernenergie, 10 Prozent über erneuerbare Energien, in NRW 3 Prozent, und der Rest verteilt sich gleichmäßig auf Braunkohle, Steinkohle und Erdgas. Bei diesem Mix wendet der Wirtschaftsminister des Landes NRW über 50 Prozent seines Etats für die 36.000 Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau auf - ein groteskes Missverhältnis, das uns daran hindert, unsere ganze Kraft auf die Zukunft zu richten. Deshalb haben wir entschieden: Wir müssen raus aus der Steinkohlesubventionierung!

Hingegen glaubt wohl niemand daran, dass wir so schnell auf die Braunkohle verzichten können, obwohl sie im Moment besonders Umwelt belastend zu sein scheint. Nach unserer Einschätzung ist sie aber die einzige nationale Energiequelle, die wirtschaftlich zu betreiben ist, und deshalb wollen wir sie auch weiterhin nutzen. Ein Element in der Debatte zur Energieversorgung ist die Kernenergie. Auf dem zweiten Energiegipfel haben wir dafür geworben, einen erneuten Anlauf zur Nutzung der Kernenergie zu unternehmen und die Laufzeit der sicheren Kraftwerke zu verlängern. Andere Länder bauen neue Kernkraftwerke, und wir exportieren unsere Technologien dorthin. In Nordrhein-Westfalen hängen tausende Arbeitsplätze daran. Ich möchte diese Arbeitsplätze und das damit verbundene Know-how nicht verlieren. Nicht zu vergessen die

erneuerbaren Energien. Ihre Entwicklung ist in Nordrhein-Westfalen erfreulich. Nur müssen wir verstärkt darauf achten, wie wir sie fördern und einsetzen. Laut dem neuen Infrastrukturgesetz sollen bei den Offshore-Windparks künftig die Zuwege bis in das öffentliche Netz von allen Stromkunden finanziert werden, durch Umlage. Das kann die Stromkosten pro Kilowattstunde um 3 bis 5 Cent steigern. Ich hoffe sehr, dass wir dieses neue Gesetz noch aufhalten können. Auch bei der Photovoltaik habe ich erhebliche Bedenken, denn wir fördern die Einspeisung des Stroms mit fast 50 Cent.

Nordrhein-Westfalen, Land der neuen Chancen – Schwerpunkt Energiepolitik

Als Energieland müssen wir uns zudem mit der Frage befassen, ob es bei uns überhaupt Wettbewerb im Strommarkt gibt. Angesichts des Oligopols auf dem Markt gilt das sehr begrenzt. Rechtlich haben wir die Netze geöffnet, aber faktisch sind sie es nicht, weil die Eigentümer der Netze durch ihr Verhalten den Wettbewerb nahezu unmöglich machen und so die rechtlichen Änderungen konterkarieren. Wenn hier keine Bewegung in den Markt hineinkommt, verlängern wir die Preisaufsicht. Denn es ist nicht so viel Wettbewerb vorhanden, wie wir ihn aus Sicht der Industrie- und Privatkunden brauchen. Ich bin überzeugt, dass wir die Chancen der Energieeinsparung total unterschätzen! Wir werden noch einmal eine umfassende Energieeffizienz-Offensive starten. Eine Steigerung der Energieeffizienz ist einer der wichtigsten Beiträge zur Sicherung der Energieversorgung. Entscheidend aber wird sein, dass wir für mehr Wettbewerb und für einen ordentlichen und realistischen Energiemix sorgen.“

Christa Thoben,
Ministerin für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie des
Landes Nordrhein-Westfalen

Reformen und kein Ende? Anforderungen an das Gesundheitssystem der Zukunft

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen,
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

„Dieser Gesetzentwurf hat nicht dazu beigetragen, das Gesundheitswesen demografiefest zu machen. Wir wissen, dass wir im Jahre 2035 etwa doppelt so viele Krankentage zu finanzieren haben, und wir wissen, dass dies zu finanzieren sein wird von ca 2/3 der heutigen Beitragszahler, wenn es gut läuft 3/4, und wir wissen, dass wir das dann nicht mit den heutigen Beitragssätzen auf dem heutigen Leistungsniveau finanzieren können.

Das ist eine schlichte Rechnung, die man auch in der Volksschule hätte machen können. Und sie ist sicher, denn die letzten 30 Jahre determinieren schlichtweg als Reflexion der Vergangenheit in die Zukunft das, was demografisch kommt, und damit ist das nicht wie die Zukunft unsicher, sondern es ist, wie die Vergangenheit, nicht zu verändern.

An der Beitragsseite können wir nicht viel machen. Wir können die Beiträge eigentlich nicht erhöhen, weil wir Wertschöpfung verlieren. Doch was macht die Gesundheitsreform? Sie erhöht die Beiträge. In allen Zweigen der sozialen Sicherung ist in den letzten Jahren und Monaten nichts anderes passiert, als die Beiträge anzuheben.

Bei der Entkopplung von den Löhnen ist in der Gesundheitsreform nichts passiert. Man hat lediglich einen Weiche gebaut, allerdings hat man diese Weiche auf das platte Land gesetzt, und ob man sie jemals braucht, ist fraglich.

Wir haben in Deutschland kein grundsätzliches Problem damit, dass die Ausgaben für Gesundheit steigen. Das Problem ist, wie finanziere ich das. Eine alternde Gesellschaft wird auch freiwillig mehr für Gesundheit ausgeben. Wir müssen die Nachfrage dazu bringen, den Preis zu bestimmen. Die Pati-



Moderation: Andreas Mihm,
Wirtschaftskorrespondent FAZ



enten haben aber kein Preisgefühl in diesen Strukturen, da die Ärzte keine Rechnungen an die Patienten schreiben, außer bei Privatversicherten. Dann wären die Ärzte auch Unternehmer. Würden sie dann eine Kassenärztliche Vereinigung gründen, könnten sie sofort kartellrechtlich belangt werden.

Es muss auch Waffengleichheit herrschen. Ein wechselseitiges Monopol schafft einen Monopolpreis, und der ist nicht gut, aber ein einseitiges Monopol schafft einen Monopolpreis, der ist schlechter. Das Aufbrechen eines Monopols auf einer Seite ist schlechter als die Beibehaltung eines wechselseitigen Monopols. Da muss man aufpassen, dass man Schritt für Schritt voran geht.

Wir müssen den Leistungskatalog diskutieren, sonst werden wir zu Zechprellern künftiger Generationen, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir ein Ausgabeproblem haben. Wir können nicht für alle Zeiten alles aus einem System finanzieren, sondern wir müssen uns entscheiden, ob wir staatlich administrativ rationieren, oder wir haben uns zu entscheiden, dass der Markt dies übernimmt. Mein Wunsch wäre, dass der Markt dies übernimmt.“

Jürgen Lang, Vertriebsvorstand

DKV Deutsche Krankenversicherung AG

„Die PKVen sind nicht gegen Wettbewerb, und wir haben außerdem ein Reformkonzept abgeliefert. Die Frage ist nur, unter welchen Voraussetzungen soll das stattfinden? Wenn man heute eine Mitnahme der Altersrückstellung finanzieren und sichern soll, ist das vom Grunde her nicht zu verneinen, aber wir müssen wissen, wie das ausgestaltet werden soll.

Der Gesetzgeber versucht, der PKV Dinge aufzuerlegen, die wir künftig gesetzlich zu erfüllen haben, die aber das gesamte System der privaten Krankenversicherung in der Zukunft in Frage stellen.

Die Kostensteigerungen kommen nicht aus der Transparenz der PKV, sondern sie kommen daher, was medizinisch angeboten wird. Die Leistungserbringerseite will ein Maximum an Leistung erbringen, aber erwartet dafür auch ein Maximum an Zahlung.

Man sollte der privaten Krankenkasse die faire Chance lassen, in einem dualen System erfolgreich weiter bestehen zu können. Und ich wünsche mir, dass man in der politischen Diskussion etwas mehr den Bürger in den Vordergrund stellt und ein System schafft, welches den Menschen dient und nicht irgendwo einen politischen Kompromiss bedient.“

Wilfried Jacobs, Vorsitzender des

Vorstandes AOK Rheinland/Hamburg

„Wenn der Gesetzgeber zuliebe, was die Kassen gerne umsetzen würden – nämlich Unternehmer zu sein – müsste die AOK Rheinland/Hamburg den Beitragssatz nicht verändern. Denn wir haben unternehmerisch gehandelt und im Jahr 2006 einen Überschuss erwirtschaftet. Allerdings fragen wir uns: Warum hält sich die Politik nicht zurück? So aber wird der



Staat ab 2009 von Amts wegen den Beitragssatz für alle gesetzlichen Krankenkassen festschreiben. Dies ist schon im Ansatz falsch.

Leistungserbringer – wie beispielsweise die Pharmaindustrie – sind immer für Wettbewerb, es sein denn, er wird bei ihnen angewandt. 25 bis 30 Prozent der Arzneimittel auf dem deutschen Markt sind ohne therapeutischen Nutzen. Warum müssen die gesetzlichen Krankenkassen dennoch hierfür die Kosten übernehmen? Warum wird keine Positivliste wirksamer Medikamente erstellt, so dass die Krankenkassen nur hierfür zahlen müssen?

Auch die Gesundheitsreform hat hierauf keine Antworten. Stattdessen schaltet die Bundesregierung eine Anzeigenkampagne in den Medien, um die positiven Elemente der Reform zu bewerben. Und wissen Sie, was nicht erwähnt wird? Der Gesundheitsfonds. Obwohl wir hierüber am meisten diskutieren. Wenn ab dem 1.1.2009 dieser Gesundheitsfonds startet, wird er – und alles, was mit ihm verbunden ist – keine Entlastung bringen. Trotzdem geht man derzeit davon aus, dass er die Rettung ist.

Ein Positives sehe ich jedoch in der Reform: Ich würde gerne mehr Einzelverträge mit Leistungserbringern abschließen und mehr Leistungen „über den Preis“ einkaufen wollen. Und diese Freiheit gibt das Gesetz, da ist eine Chance, mehr Wettbewerb zu probieren.

Ich wünsche mir, dass im Gesundheitswesen der Pessimismus nicht zur ethischen Pflichtgesinnung wird, und dass durch Zurückdrehen von Ideologien aus einem falschen Kompromiss doch noch ein brauchbares Gesetz wird.“

Hans-Georg Hoffmann, Vorsitzender des Bundesverbandes der Arzneimittel-Hersteller und Geschäftsführer der M.C.M. Klosterfrau Vertriebsgesellschaft mbH Köln

„Auch die Pharmaindustrie hat ihren Beitrag zu leisten in der Gesundheitsreform. Es ist aber ein großer Irrtum zu glauben, dass irgendwo mehr Wettbewerb entsteht, wenn Verträge geschlossen werden. Ein echtes Messen der Kräfte wird aber nicht zugelassen. Durch mehr Wettbewerb soll aber die Reform im Wesentlichen zustande kommen, ich will dies am Beispiel der aktuellen ‚Ausschreibung‘ der versammelten AOK's erläutern.

Für diesen Versuch, gemeinsam Arzneimittel einzukaufen, wurden 89 Arzneimitteltypen ausgeschrieben. Dies betrifft einen Gesamtmarkt von 7,5 Mrd. Euro, und die Verträge sollen mit höchstens drei Unternehmen abgeschlossen werden. Nach der Ausschreibung wird aber nur einbezogen, wer unter dem niedrigsten jetzigen Preis anbietet. Wir arbeiten allerdings in der Anbieterstruktur nicht mit gleich langen Spießen, und schon gar nicht im Verhältnis zu einem solchen Einkäufer. Ein mittelständischer Unternehmer sieht sich bei dieser Ausschreibung einfach ausgegrenzt. Wir haben als Verband dagegen Kartellbeschwerde eingelegt, und das Kartellamt ist der Auffassung, dass dieses Verfahren der Einkaufsbündelung eklatant kartellrechtswidrig ist.

Einer der Hauptwünsche an die Gesundheitsreform ist Kalkulierbarkeit und Berechenbarkeit für die Branche. Sodass wir voraussehen können, wie eine Absatzchance am Markt ist, und das ist weniger eine Frage des Gesetzes als der Handhabung. Die Praxis ist das Problem.“





Dr. Dr. Klaus Enderer,
Stv. Vorsitzender des Vorstandes der
Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein

„Die Ärzte sind gegen die Gesundheitsreform, auch wenn wir künftig feste Euro-Beiträge bekommen. Die schwankenden Punktwerte sollen zwar abgeschafft werden, und es gibt eine Vergütungsverordnung in Euro und Cent von der Kassenärztlichen Vereinigung, doch wenn ich jetzt ins Gesetz sehe, gibt es nach wie vor Budget an sechs Stellen, d.h. in Zukunft wird es schwankende Pauschalen geben. Je mehr Patienten in die Praxis kommen und dann einen gewissen Schwellenwert überschreiten, umso weniger Geld bekommt der Arzt.

Seit acht Jahren drehen wir real eine Minusrunde nach der anderen. Gegen Wettbewerb kann man ja nicht viel haben, auch bei den Krankenkassen und Leistungserbringern nicht. Die Kassenärztlichen Vereinigungen haben sichergestellt, dass es eine flächendeckende Versorgung gibt, doch künftig wird es eine heterogene Leistungsversorgung und auch Wettbewerb bei den Patienten um Behandlung geben.

Der Euro kann nur einmal ausgegeben werden, auch wenn sich Ärzte mit Krankenkassen in Einzelfallregelungen einigen könnten. Sollten z.B. die Kardiologen oder eine andere Arztgruppe einen Vertrag machen, wird das Geld bei der kollektivvertraglichen Regelung herausgenommen. Die ganze Versorgungslandschaft, die heute noch auf dem Gebiet der Sicherstellung für alle wohnortnah installiert ist, wird herausgeeinzelt. Wir werden eine heterogene Versorgungslandschaft bekommen, die der Versicherte nicht versteht. Da wird es den Patienten nicht besser gehen. Ich würde mir von der Gesundheitsreform mehr Sicherheit und mehr Überschaubarkeit wünschen, damit jeder einzelne unserer Kolleginnen und Kollegen besser in die Zukunft schauen und kalkulieren kann.“

Dr. Martin Kröger, Bundesvereinigung
der Deutschen Arbeitgeberverbände

„Die Bundeskanzlerin sagt zwar, dass die Gesundheitsreform zu einer Stabilisierung des Beitragssatzes in der Krankenversicherung beitragen soll. Schön wäre es, wenn die Kanzlerin an dieser Stelle Recht hätte! Denn was jetzt passiert, ist das genaue Gegenteil: Die Bundesregierung hat im Haushaltsbegleitgesetz 2006 beschlossen, den Bundeszuschuss zur Krankenversicherung schrittweise abzuschaffen und die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Beides belastet die gesetzliche Krankenversicherung und wird eine Beitragssatzsteigerung um 0,4 Prozentpunkte verursachen.

Der Wettbewerb in der Krankenversicherung muss sich auch auf die Finanzierungsseite erstrecken. Wir werden aber mit dem Gesundheitsfonds weniger Wettbewerb erleben, da die Beitragssatzunterschiede vollständig verschwinden werden und es die Zusatzprämie im Jahr der Fondseinführung noch nicht geben soll. So kommt der Preiswettbewerb völlig zum Erliegen und kann erst langsam wieder durch die Erhebung von Zusatzprämien entstehen.

Die Politik sollte den demografischen Wandel berücksichtigen und ernst nehmen. Steigende Gesundheitskosten sind grundsätzlich dann kein Problem, wenn deren Finanzierung nicht mehr über das Arbeitsverhältnis erfolgt. Denn in einer schrumpfenden Gesellschaft mit einer absolut und relativ abnehmenden Zahl von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist die Bindung an das Arbeitsverhältnis auf Dauer nicht tragfähig. Diese Einsicht ist bei der Politik aber noch nicht da.“



„Deutschland heute und morgen – Leben wir auf Kosten der Jugend?“

**Prof. Dr. Kurt Biedenkopf,
Ministerpräsident des Landes Sachsen a.D.**

„Intelligenterere Problemlösungen haben immer einen Gegner, und das sind die festgeschriebenen Besitzstände – nicht in Form von Organisationen, sondern in Form von Denken.

Wir leben auf Kosten der nachwachsenden Generation, und zwar mit einer Intensität, die wir uns überhaupt nicht vorstellen können.

Wir hören weder auf die Stimmen der Ahnen, noch achten wir die Stimmen der Nachkommen. Sondern wir leben auf eine ganz merkwürdige und mit Sicherheit nicht nachhaltigkeitsfähige Art und Weise in der Gegenwart. Wir handeln weitgehend geschichtslos, unsere Politik ist nicht enkeltauglich.

Je höher der Wohlstand, umso schneller muss alles wachsen. Wir sind heute der Auffassung, dass wir unser Land nur stabil regieren und seine Probleme lösen können, wenn wir seine Zukunft auf einer exponentiellen Entwicklung aufbauen können. Das ist logisch unmöglich. Der ganzen Politik liegt eine Annahme zugrunde, die nicht durchzuhalten ist.

Wir haben das Wachstum subventioniert in den achtziger Jahren. Ein wesentlicher Teil der Staatsschulden beruht darauf, dass wir Wachstum stimuliert haben. Dafür gab es zwei Gründe: Wir brauchten das Wachstum, um neue Bedürfnisse zu bedienen, da die bisherigen Ressourcen alle festgeschrieben

waren. Wenn wir nicht zusätzlich etwas hatten, konnten wir nichts mehr verteilen, denn es war alles verteilt. Oder noch einfacher formuliert: Wir sind in unserem demokratischen Willensbildungsprozess unfähig, Prioritäten zu ändern. Wir können also neue Prioritäten nur aus dem Zuwachs bedienen.

Ein weiteres Argument für Subventionen war: Ohne Wachstum gibt es keine Vollbeschäftigung. Aber seit Mitte der achtziger Jahre gibt es keinen nachweisbaren Zusammenhang mehr zwischen Wachstum und Vollbeschäftigung.

Die Qualifikationen und Anforderungen an Arbeit sind gestiegen, aber unser Bildungssystem hat da nicht mitgemacht. Mit anderen Worten, wir haben nicht gesehen, dass man zwei Dinge in einem solchen Prozess lösen muss. Man muss die Verteilung von Einkommen im Land ändern, das geht nur durch Vermögensbildung, parallel zum Einkommen aus Arbeit. Diese Vermögensbildung wollten wir schon in den 60er Jahren betreiben. Sie ist damals im Wesentlichen an den Gewerkschaften gescheitert. Das waren diejenigen, die auf die kleinen Leute nicht verzichten wollten. Und die wussten, wenn die kleinen Leute Eigentum haben, sind sie keine kleinen Leute mehr.

Wenn Sie heute die deutsche Bevölkerung fragen, welcher der Staatstypen menschlich und gerecht ist, dann werden sie sich zu zwei Drittel für den umfassenden Sozialstaat entscheiden. D.h. für einen Staat, der ihnen verspricht, alle Risiken abzunehmen und die Zukunft zu sichern. Eine Bevölkerung,





die sich auf diese Weise in ihrer Mehrheit mit dieser zentralen Aufgabe des Staates identifiziert, ist unfähig, eine Zivilgesellschaft zu bilden. Denn die Zivilgesellschaft ist ein Gegenstück der staatlichen Machtanmaßung. Ein Gleichgewicht gewissermaßen, das den Freiheitsraum schützt, dem Subsidiaritätsprinzip zu seiner Verwirklichung hilft und auf diese Weise eine offene Gesellschaft gewährleistet.

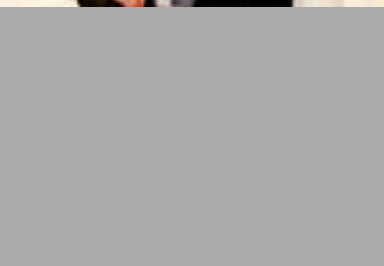


Wir unterscheiden nicht zwischen personaler und kollektiver Solidarität. Das bedeutet, dass auch die kollektive Solidarität in den Genuss eines positiv besetzten Wortes kommt. Daran ist man sehr interessiert. Tatsache ist, dass sich unser Sozialsystem in den letzten 40 Jahren in einer Weise entwickelt hat, die vollkommen konträr ist zum gewachsenen Wohlstand des Volkes. Wir haben in den fünfziger Jahren 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für soziale Zwecke ausgegeben. Nach einer fünffachen realen Vermehrung geben wir jetzt rund 30 Prozent dafür aus. D.h. obwohl die Gesellschaft sehr viel wohlhabender geworden ist, haben wir zu keiner Zeit die Systeme so geändert, dass eine wohlhabendere Gesellschaft sich an die Übernahme von eigener Verantwortung gewöhnen konnte.

Wenn wir heute kommen und sagen: „Ihr müsst Eigenverantwortung übernehmen“, reagiert die Bevölkerung völlig systemimmanent und sagt: „Du nimmst uns was weg, Kaufkraft weg.“ Und dann werden die Ärmsten der Armen angeführt. Aber selbst wenn die zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, die anderen 90 Prozent könnten anders handeln, tun das aber nicht. Warum ist es

so schwer, und warum sind die politischen Kosten so hoch? Weil die Bevölkerung in den letzten 30 Jahren in einem Denken und durch Strukturen erzogen worden ist, die bei ihnen den festen Glauben verankert haben, dass es Aufgabe des Staates sei, ihre Risiken zu übernehmen, ihre Kinder zu erziehen und dafür zu sorgen, dass sie ein angenehmes Leben haben. Eine Gesellschaft, die so denkt, hat keine Zukunft.

Das gemeinsame Ziel im Land muss ganz klar sein, dass wir eben nicht auf Kosten der nachkommenden Generation leben und damit deren Anspruch auf Solidarität verlieren, sondern dass wir die Grundlagen für eine generationenbezogene Solidarität selbst wieder sichern.“



..... Partner des Kölner Arbeitbertages



VERSICHERUNGEN



GERLING

Wir unternehmen Sicherheit.

..... Hauptponsoren



UBS

AVAYA



..... Unterstützer



..... Dank für die Unterstützung



ARBEITGEBER KÖLN e.V.
Herwarthstraße 18-20
Telefon: 0221 . 5 79 04-11 Fax: 5 79 04-22

Arbeitgeberverband Chemie Rheinland e.V.
Telefon: 0221 . 92 13 09-0

Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie
Köln e.V.
Telefon: 0221 . 5 79 04-0

Arbeitgeberverband der Papier, Pappe und Kunststoffe
verarbeitenden Industrie Köln e.V.
Telefon: 0221 . 5 79 04-0

Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie
Rhein-Wupper e.V.
Telefon: 02171 . 73 92-0

Arbeitgeberverband der Zuckerindustrie
Nordrhein-Westfalens e.V.
Telefon: 0221 . 5 79 04-0

Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Geschäftsstelle Köln
Telefon.: 0221 . 2 57 01 51

Einzelhandels- und Dienstleistungsverband
Bezirk Köln e.V.
Telefon: 02 21 . 2 08 04-0

Hotel- und Gaststättenverband Nordrhein e.V.
Telefon: 0221 . 92 15 80-0

Kreishandwerkerschaft Köln
Telefon: 0221 . 2 07 04-0

Wirtschaftsvereinigung Großhandel, Außenhandel,
Dienstleistungen e.V.
Telefon: 0221 . 99 77-110

Verein Rheinischer Braunkohlenbergwerke e.V.
(als Gast)
Telefon: 02234 . 18 64-0